

Markt machte sich Am Rentenmarkt

om 4. Juli
nominal 20,50-21
-41,50; Brotmehl
-9,25; Weizen
(4,50-5).

m 4. Juli
186-188; Futter-
157-161; Weizen-
Weizenkleie 10,10
Loriaerbsen 17-23;
-19; Peluschken 16
8; Lupinen, blaue
30-10,60; Erdnuß-
rodenhühner 8,70;
ab Hamburg 10,20;
In, rote vor. Ernte
gelbfl. neue Ernte
lich)

d Stiere 200-320;
00-200; Kälber 50
Kalbinnen 250 bis

fer 30 M. - El-
30 M. - Ravens-
Saulgau: Ferkel
2-15 M.

M. - Siengen a.
ber 8,50-8,60 RM.
12-15; Haber 8,50

hüte

Leiderstoffe

45, 50, 75 d. M.
155 d
50, 60, 95 d
75 d
115 d
120, 140 d
120 d
40, 50 d

Markt, Calw

it

arten

Calw

uppen

der Art repariert
eigener Werkstätte
ppenperücken
von Mark 1,60 an
seur Odermatt

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Verichtstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Nr. 155

Mittwoch, den 6. Juli 1932

Jahrgang 105

Der Entscheidungskampf in Lausanne

Deutschland grundsätzlich zu einer Schlusszahlung von 2,6 Milliarden bereit Rein Verzicht auf die politischen Forderungen — Die Entscheidung bei Frankreich

III. Lausanne, 6. Juli. Die Verhandlungen zwischen den Delegationsführern, die am Montag abend ins Stodden geraten waren, sind am Dienstag früh gleich nach der Rückkehr Herriots wieder aufgenommen worden. Herriot begab sich bereits um 9 Uhr zu Macdonald; die Unterredung dauerte bis gegen 11 Uhr. Herriot erklärte darauf der Presse, er könne nicht mehr weiter nachgeben und halte an dem bisherigen Gläubigervorschlag fest. Ein weiteres Nachgeben würde für ihn die Kabinettsfrage bedeuten. Gleich nach der Unterredung Macdonald-Herriot trafen der Reichsfinanzminister, der Reichsaußenminister und der Reichsfinanzminister im Hotel Beau Rivage zu einer Unterredung mit Macdonald ein. Die von den deutschen Ministern mit den englischen Ministern geführten Besprechungen waren außerordentlich schwierig und ernst. Von deutscher Seite ist in aller Offenheit und Entschiedenheit darauf hingewiesen worden, bis zu welcher Grenze des Tragbaren die deutsche Abordnung überhaupt gehen kann.

Im Lauf der Besprechungen sind Anregungen erörtert worden, die jetzt die deutsche Abordnung für die Erklärung vorgelegt hat, die die Großmächte in der Frage der Kriegsschuld und der Gleichberechtigung Deutschlands am Schluß der Konferenz abgeben sollen. Diese Formulierungen sind von Macdonald dem französischen Ministerpräsidenten zur Kenntnis gebracht worden. Die Stellungnahme Herriots liegt noch nicht vor. Macdonald hat weiter in den Besprechungen mit Herriot versucht, die Zustimmung der französischen Regierung zu einem am Montagabend überreichten vermittelnden Layton-Vorschlag zu erreichen, der folgende endgültige Regelung der Tributfrage vorsieht:

Die deutsche Abschlußzahlung wird auf 2,6 Milliarden festgesetzt, die nach einem dreijährigen vollständigen Moratorium von der deutschen Regierung in 90 Prozentigen Bonds mit einem Ausgabekurs von 90 Prozent auszugeben sind. Die Bonds sind durch eine Reihe von Schutzmaßnahmen in der Form gesichert, daß sie nur ausgegeben werden können, wenn sie die Kreditfähigkeit der gesamten deutschen Wirtschaft nicht stören. Von den 2,6 Milliarden werden eine Milliarde gleich nach Ablauf des dreijährigen Moratoriums auszugeben. Die übrigen 1,6 Milliarden dürfen erst dann aufgelegt werden, wenn der erste Teil von einer Milliarde vom internationalen Kapitalmarkt reiflos aufgenommen worden ist. Sollte dies binnen 10 Jahren nach dem Ablauf des dreijährigen Moratoriums nicht geschehen sein, so würde der restliche Teil der Bonds von 1,6 Milliarden gestrichen.

Deutsch-englische Einigung

In den Besprechungen zwischen den deutschen und englischen Ministern ist eine grundsätzliche Einigung über die Regelung der Tributfrage auf der Grundlage des Layton-Berichts zustande gekommen. Diese Übereinstimmung sieht in ihrem finanziellen Teil nunmehr folgendermaßen aus:

Die Londoner Stillhaltekonferenz schlägt niedrigere Zinssätze für deutsche Kredite vor

III. London, 6. Juli. Nach dem Abschluß der Londoner Stillhalteverhandlungen am Dienstagnachmittag wurde folgende Verlautbarung ausgegeben:

Aus den der Konferenz unterbreiteten Statistiken geht hervor, daß in einigen Ländern den Gläubigern noch geringfügige Beträge aus Vorzugsrechten auf vollständige Durchführung der am 15. März begonnenen Kürzungen von 10 Prozent zustehen. Im Einvernehmen mit den deutschen Vertretern wurden Abmachungen getroffen, die die vollständige Durchführung dieser Kürzungen gewährleisten. Mindestens ein Drittel des Betrages ist bereits durch Nichtanspruchnahme erledigt. Von dem Rest wird für den größeren Teil bis zum 1. Oktober Vorkehrung getroffen sein, für das übrige bis zum Jahresende. Es wurde beschlossen, die Erörterungen über weitere Kürzungen auf die nächste Tagung, die am 1. Oktober stattfinden, zu verschieben.

Angeichts der allgemeinen Geldverbilligung, und um diese der deutschen Wirtschaft zugute kommen zu lassen, wie auch um sicher zu stellen, daß alle Gläubigerländer hinsichtlich der Zinsen gleichmäßig behandelt werden, wurde beschlossen, daß die Delegierten ihren Bankauschüssen die Anwendung einer niedrigeren Zinsskala für deutsche Kredite vorschlagen sollen. Die Berichte über Umwandlung kurzfristiger Schulden in langfristige Anlagen gemäß den Bestimmungen des Abkommens ergaben, daß in dieser Richtung befriedigende Fortschritte zu verzeichnen sind.

Die Abschlußzahlung Deutschlands beträgt 2,6 Milliarden. Die ursprünglich vorgesehene dreijährige Moratoriumsfrist fällt weg. Deutschland übergibt der Baseler WZJ. als Trennhänder sofort einen ersten Teil der Gesamtsumme in Höhe von 1,6 Milliarden, die in 90prozentigen Bonds zu einem Ausgabekurs von 90 Prozent auszugeben werden. Die restliche 1 Milliarde wird zu einem Kurs von 95 Prozent auszugeben und soll nur dann auf dem internationalen Kapitalmarkt untergebracht werden, wenn der erste Teil der Bonds in Höhe von 1,6 Milliarden vollständig untergebracht ist. Sollte innerhalb einer Frist von 10 Jahren die vollständige Unterbringung der gesamten Bonds in Höhe von 2,6 Milliarden nicht möglich sein, so wird der verbleibende Rest gestrichen.

Die Entscheidung liegt bei Frankreich

Macdonald hat den englischen Vermittlungsvorschlag, der die Zustimmung der deutschen Abordnung gefunden hat, und der jetzt allgemein als der Layton-Vorschlag bezeichnet wird, am Dienstagabend der französischen Abordnung schriftlich übermitteln. Der Vorschlag, der den in den letzten Tagen erörterten Gedanken einer Abschlagszahlung in unbedingter Jahreszahlung endgültig fallen gelassen hat, sieht zwar kein Moratorium vor, jedoch tritt ein solches praktisch automatisch dadurch ein, daß der Ausgabekurs für den ersten Teil der auszugehenden Bonds in Höhe von 1,6 Milliarden auf 90 Prozent festgesetzt wird, die Bonds also bei der gegenwärtigen Lage des internationalen Kapitalmarktes ohnehin nicht unterzubringen sind. Bei der Ausgabe der Bonds handelt es sich um Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches, nicht wie früher geplant um Schuldverschreibungen der Reichsbahn.

Im Augenblick handelt es sich um die entscheidende Frage, ob die französische Regierung an dem ursprünglichen Gläubigervorschlag, der eine Abschlußzahlung Deutschlands von 4,2 Milliarden vorsieht, weiterhin hartnäckig festhält, oder den neuen englischen Vermittlungsvorschlag als Verhandlungsgrundlage annimmt. Von maßgebender französischer Seite wurde der französischen Presse vorerst nur mitgeteilt, die französische Abordnung lege auf die Höhe der Summe nicht so großen Wert wie auf die Schutzklausel über den Zusammenhang zwischen den interalliierten Schulden und der Regelung der Tributfrage. Falls auf dieser Konferenz kein endgültiges Abkommen über die Tributfrage zustandekomme, so würde nach französischer Auffassung der Vorschlag automatisch weiter in Kraft bleiben. Diese, der französischen Presse gegebenen Stichworte kennzeichnen die taktische Linie der französischen Abordnung ziemlich deutlich.

Besprechung des Reichskabinetts über die Lausanner Verhandlungen

Die in Berlin weilenden Mitglieder des Reichskabinetts traten am Dienstag zu einer Sitzung zusammen, in der die Tributverhandlungen in Lausanne eingehend besprochen wurden.

Der Handelsvertrag mit Schweden gekündigt

Eine Maßnahme zum Schutz der Holz- und Landwirtschaft

III. Berlin, 6. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Nachdem die deutsche Regierung den Wunsch geäußert hat, sich von dem bestehenden deutsch-schwedischen Handels- und Schiffsahrtsvertrag nebst den dazugehörigen Zusatzabkommen zu lösen, sind die deutsche und die schwedische Regierung übereingekommen, den Vertrag und die Zusatzabkommen mit Wirkung vom 15. Februar 1933 ab außer Kraft zu setzen. Verhandlungen dürften aufgenommen werden mit dem Ziel, ein Übereinkommen über eine vertragliche Neuregelung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern für die Zeit nach dem Außerkrafttreten des gegenwärtigen Handelsvertrages zu erreichen.

Die deutsche Regierung bezweckt mit der Kündigung einmal die Beseitigung der Zollbindung für Schnittholz (Position 76 des deutschen Zolltarifs). Im Vertrage mit Schweden ist weiter der Zoll für Rindvieh und Schafe gebunden. Außerdem besteht noch ein niedriger Satz für ein Viehkontingent von Schweden in Höhe von 6000 Stück Rindvieh. Bindungen mit anderen Ländern liegen nicht vor, so daß nach dem Fortfall der Bindung mit Schweden die Möglichkeit gegeben ist, der deutschen Landwirtschaft auf diesem Gebiet die notwendige Unabhängigkeit zu sichern. Durch die Kündigung des Schwedenvertrages werden auch die Vertragsbände für S wed und Schmalz frei.

Tages-Spiegel

Die gestrigen Verhandlungen zwischen den deutschen und englischen Vertretern in Lausanne haben eine grundsätzliche Einigung in der Tributfrage gebracht. Deutschland ist bereit, eine Schlusszahlung von 2,6 Milliarden zu leisten, wenn der Kriegsschuldparagraph gestrichen wird.

Frankreich fällt nunmehr die letzte Entscheidung an. Ob Herriot auf die politischen Forderungen Deutschlands eingehen wird, erscheint sehr fraglich.

Um die Lage der Holz- und Landwirtschaft zu verbessern, hat die Reichsregierung den Handelsvertrag mit Schweden, der wesentliche Preisbindungen enthält, gekündigt.

Die Stillhaltekonferenz in London hat eine Senkung der Zinssätze der deutschen Auslandskredite angesetzt. Der Durchschnittssatz soll künftig 5 v. H. betragen.

Die ostpreussische Grenzpolizei hat auf deutschem Gebiet auf 4 polnische Schmuggler geschossen. Einer davon wurde tödlich, ein zweiter leicht verletzt.

Die amerikanischen Flotten Matiern und Griffin sind zu einem Besuch von New York aus aufgebrochen. Die erste Etappe führt nach Berlin.

Das Ziel der etwa im September aufzunehmenden neuen Verhandlungen mit Schweden dürfte der Abschluß eines reinen Meißbegünstigungsvertrages sein.

Die Arbeiten der Abrüstungskonferenz

Ein vorläufiger gemeinsamer Entschließungsentwurf

III. Genf, 6. Juli. Das Büro der Abrüstungskonferenz trat am Dienstag nachmittag zu einer ausgedehnten Sitzung zusammen. Die Aufgabe war, einen Beschluß über die Zukunft der Konferenz zu fassen. Die wichtigste Frage der Tagesordnung war die Festsetzung eines Programmes für die nächste Sitzung des Hauptausschusses. Nach dreistündiger Aussprache beschloß das Büro, einen Vorschlag Hendersons anzunehmen und den Hauptausschuß zur Hauptansprache der kleineren Mächte über die Hoovervorschläge auf Donnerstag einzuberufen. Auf englischen Vorschlag wurde ferner beschlossen, daß Sir John Simon nach vorheriger Zustimmung mit anderen Abordnungen einen Entschließungsantrag ausarbeiten soll, der alle Punkte enthalten wird, über die bisher Übereinstimmung erzielt wurde. Dieser Entschließungsantrag soll noch vor den Sommerferien im Hauptausschuß beraten werden, da man wenigstens mit einem kleinen „Ergebnis“ in die Ferien gehen will.

Halbamtlichen Mitteilungen zufolge wird England auf der Abrüstungskonferenz keinen neuen „Simon“-Plan vorlegen. Die englischen Vorschläge würden den Hooverplan zur Grundlage nehmen, sich ihm in einigen Punkten anschließen, in anderen Punkten Abänderungen anregen, oder über die Hooverischen Gedankengänge hinausgehen. England werde versuchen, den Weg zu einer allgemeinen Einigung zu ebnen.

Politische Unruhen

In Ludwigshafen veranstalteten die Nationalsozialisten einen Aufmarsch durch die Straßen der Stadt. Dabei kam es im Stadtteil Nord zwischen Kommunisten und Zugteilnehmern zu einer Schlägerei, bei der es mehrere Verletzte gab. Die Nationalsozialisten rissen von Gartenzäunen Latten ab und schlugen damit auf die Angreifer ein. Aus einem Hause wurden Schiffe abgeben. An einer anderen Stelle wurden die Zugteilnehmer von politischen Gegnern mit Steinen beworfen.

In Göttingen wurde vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, vom Reichsbanner und der KPD. mit politischer Genehmigung ein gemeinsamer geschlossener Umzug durch die Stadt veranstaltet. Dabei kam es zu Schlägereien, wobei, wie die Polizei berichtet, Studenten, Angehörige der NSDAP. und Polizeibeamte von den Kommunisten angegriffen und verletzt wurden. Als Polizeibeamte einige von Kommunisten überfallene Nationalsozialisten zu Hilfe eilten, wurden auch sie angegriffen und geschlagen, so daß sie durch andere Beamte aus ihrer gefährlichen Lage befreit werden mußten.

In Duisburg kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu schweren politischen Zusammenstößen. Fünf Personen erlitten zum Teil schwere Schußverletzungen.

Vorsichtiger Haushalt durch Notverordnung

Immer noch keine Aussicht auf Steuernachlässe — Vernichtung der Wirtschaft als Steuerquelle

Nun brachte es der Parlamentarismus bei uns so weit, daß er auch nicht mehr Herr seiner eigentlichen Lebensaufgabe, des Haushalts, geblieben ist. Die Reichswirtschaft wickelt sich im Jahre 1932 nach einem durch Notverordnung erlassenen Haushalt ab, auf den der Reichstag überhaupt keinen Einfluß nehmen durfte. Nicht einmal der Ueberwachungsanschuß des Parlaments erfährt etwas darüber mehr oder früher, als jeder Staatsbürger. Der alte Reichstag hatte dazu gar nichts zu sagen, sondern die Reichsregierung besprach das Wichtigste nur mit dem Reichsrat; der zu wählende Reichstag soll wenigstens nachträglich vom Haushalt wie von jeder anderen Notverordnung Kenntnis nehmen. Änderungen kann er schwerlich hineinbringen. Das einzig Nützliche, das er mit Sicherheit machen könnte und das man ihm raten muß auf keinen Fall zu veräumen, wäre ein Beschluß, nach dem die etwaigen Steuerüberschüsse unverzüglich zu Steuererlässen benützt werden müssen.

Das scheint eine überflüssige Sorge zu sein, ist es aber selbst in dem ungünstigen Falle nicht, daß die Steuervoranschläge nicht erreicht werden. Dann bliebe von einem derartigen Reichstagsbeschlusse wenigstens immer noch die unterstützende Forderung nach Steuererlässe übrig, wäre der einmütige Wille von Wirtschaft und Volk wenigstens durch einen Beschluß des Parlaments zum Ausdruck gebracht worden. Außerdem aber setzte sich das Parlament in seiner Bewilligungsbereitschaft dann selbst eine Grenze und würde wenigstens mittelbar an einer Entlastung der Wirtschaft mitwirken. Es ist aber nicht gesagt, daß der ungünstige Fall einer neuen erheblichen Unterschreitung der Steuervoranschläge unbedingt eintreten wird; denn zum ersten Mal seit mehr als einem Jahrzehnt brachte das Reichsfinanzministerium, das ja augenblicklich durch parteipolitische Forderungen an einer sachlichen Haushaltsaufstellung nicht gehindert wird, einen Haushalt mit betont vorsichtigen Einnahmeschätzungen heraus. Aber immer noch weist der Reichshaushalt eine Riesensumme von 8,2 Milliarden Mark auf. Außer dem Zwei-Milliardenposten für Ueberweisungen an die Länder bilden die mittelbaren Kriegslasten von mehr als 1,2 Milliarden für Kriegsbeschädigte, Hinterbliebene und ähnliche Zwecke und die 930 Millionen Mark Zuschuß zu der Arbeitslosenfürsorge die ansehnlichsten Aufwandssummen. An äußeren Kriegslasten enthält der neue Haushalt einen um 400 Millionen Mark geringeren Beitrag als sein Vorgänger, weil nun die Streichung der Tribute schon berücksichtigt wird. Streichung bedeutet in diesem Zusammenhang, daß zwar nicht in Lausanne, aber bei uns zu Hause die Tribute gestrichen wurden. Darauf kommt es ja schließlich an.

Eine besondere Betrachtung verdient der Verbrauch der eigentlichen Hoheitsverwaltungen des Reiches ohne Reichs-

wehrministerium. Er machte von 719 Millionen im Jahre 1926 im nächsten Jahre einen kühnen Sprung auf 817 und erreichte mit 842 Millionen im Jahre 1928 seinen höchsten Gipfel. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung senkten sich die Verwaltungsausgaben — hier natürlich nur des Reiches allein! — auf 833 Millionen Mark. Mit äußerster Zähigkeit hielten sich diese Ausgabenposten auch 1930 noch mit 805 Millionen nahe dem einmal erreichten höchsten Punkt. Erst 1931 brachte einen jähen Absturz auf 720 Millionen Mark, und im neuen Haushalt erscheinen die Hoheitsverwaltungen ohne Reichswehrministerium noch mit 654 Millionen Mark, sanken also um rund 10 v. H. unter den Stand von 1926. Aber von diesem Posten werden im laufenden Haushaltsjahr noch weitere Abstriche gemacht werden müssen. Das Reichsfinanzministerium sah sich genötigt, bei den Ressorts noch Einsparungen in Höhe von 110 Millionen Mark anzufordern, die in dem bereits hinter uns liegenden Teil des eigentlichen, im April beginnenden Haushaltsjahres schon verbraucht wurden, für die aber bislang, so weit sich sehen läßt, noch keine Deckung geschaffen werden konnte.

Das ist eine Reueigkeit, die bei den Aemtern gewiß eine sehr lebhaftige Bewegung der Unzufriedenheit auslösen wird, weil man dort schon so weitgehend gestrichen zu haben glaubt, wie man irgend kann. Da mit Ersparungen an Beamtengehältern schon jetzt der Gipfel des Möglichen erreicht worden ist, muß der erwähnte Millionenbetrag bei den Sachausgaben heringeholt werden; denn ebenso wenig, wie man zu neuen Gehaltsfürzungen Mut haben wird, fehlt auch jede Möglichkeit einer Steuerheraufhebung.

Die Steuervoranschläge lassen vielmehr erkennen, daß die Verwaltung die Steuerquellen der Wirtschaft für weitgehend erschöpft hält; denn aus einer ganzen Reihe wichtiger Steuern glaubt man im laufenden Jahre bis zu 65 v. H. weniger als im Vorjahre herausholen zu können. Unvorsichtig geschätzt scheint trotz allem noch die Umsatzsteuer zu sein. Wo die 1,8 Milliarden Mark aus dem ständig schrumpfenden Umsatz herauskommen sollen, wird auch das Reichsfinanzministerium nicht mit Zuversicht erklären können. Mit einem ganz bedeutenden Rückgang des Verbrauchs und also auch des Umsatzes rechnet das Reich beim Bier. Anstatt 450 Millionen Mark werden hier aus der ergebnislosesten Steuerart nur noch 300 Millionen Mark, also 33 v. H. weniger als bisher erwartet. Verbrauchs- und Umsatzrückgang wird aber nicht nur bei den Genussmitteln eintreten. In diesem Punkte arbeitet eben auch der neue Haushalt mehr auf dem Papier als mit der Wirklichkeit. Das besagt aber noch nicht, daß er zum Scheitern bestimmt sein wird. Wir müssen uns schon wünschen, daß dieses Schiff nicht unter den Stürmen der bereits chronisch anmutenden Krise kentert.

Die Verpflichtung zur Siedlung

Jungdeutsche Forderungen

— Berlin, 5. Juli. Auf einer Reichsführertagung des Jungdeutschen Ordens wurde über die Erfahrungen berichtet, die in etwa 130 jungdeutschen Kolonnen des Freiwilligen Arbeitsdienstes sowie in der jungdeutschen Siedlungsarbeit gemacht worden sind. Für den Freiwilligen Arbeitsdienst mühten unterstützte Arbeitslose jeder Unterstellungsart, besonders alle Jugendlichen bis zu 25 Jahren zugelassen werden. Die Frage der Bedürftigkeit dürfe nicht einengend für dieses volkspolitisch sehr wichtige Gebiet wirken. Die zulässige Förderdauer für den Arbeitsfreiwilligen müsse von 20 Wochen auf mindestens ein Jahr, für die Leiter von Arbeitsgruppen auf vier Jahre verlängert werden. Jede einseitige parteipolitische Besetzung des Reichskommissariats für Arbeitsdienst müsse auf das Schärfste abgelehnt werden. Die zwei Millionen Morgen nicht mehr sanierungsfähigen Großgrundbesitzes mühten für die Siedlung zu erträglichen Preisen freigegeben werden. Auch die jetzige Reichsregierung habe die Pflicht, das Versprechen der Regierung Brüning zur bäuerlichen Ansiedlung dieser Ländereien einzulösen. Das Reich habe die geschichtliche Verpflichtung im Sinne des Freiherrn vom Stein, eine Disfiedlung von bisher ungewohnten Ausmaßen durchzuführen, wenn der Osten überhaupt gerettet werden solle.

Akademische Jugend und Siedlung

Die Karlsruher Studentenschaft hat folgende beachtliche Entschliessung zur Siedlungsfrage gefaßt: „Die Studentenschaft erkennt, daß unsere Arbeitslosigkeit keine vorübergehende Konjunktur-Erscheinung, sondern die Folge einer übertriebenen Industrialisierung und einer Zusammenschumpfung des Weltmarktes ist, daß sie nur durch eine Umsiedlung von der Stadt aufs Land von 3 Millionen Arbeitslosen, denen 12 Millionen Menschen entsprechen, beseitigt werden kann. Die Studentenschaft verlangt von den zuständigen Behörden des Reichs und der Länder, daß diese Umsiedlung sofort in Angriff genommen wird, da in unserem Reich genügend Land, Baumstoffe und Arbeitskräfte dafür vorhanden sind und daß diese Umsiedlung technisch richtig durch Zusammenschluß aller Siedlungsbereiten zu sachmännlich gegliederten Arbeitsgruppen unter Einsatz der brachliegenden technischen Intelligenz durchgeführt wird. Im kommenden Winter soll nicht wieder ein Drittel unseres Volkes ohne eigenen Unterhalt von der Arbeit der andern leben müssen.“

Politische Kurzmeldungen

Der Reichsminister des Innern hat die Aufmerksamkeit der Landesregierungen auf den Aufruf des Deutschen Bundes für Heimatsschutz gegen die Verunstaltung des Heimatbildes durch Auswüchse der Wahlpropaganda gelenkt und für den Tag der Reichstagswahl ein Branntwein-Ausfunktverbot

angeregt. — Im Reichspräsidentenpalais sollen jetzt die schon lange dringend notwendigen Ausbesserungsarbeiten vorgenommen werden. Aus diesem Grunde hat Reichspräsident von Hindenburg vorübergehend seine Wohnung mit der alten Reichskanzlei getauscht. Hier wohnte bis zu seinem Sturz Reichskanzler Brüning. Der neue Reichskanzler von Papen hat noch keine Wohnräume in der Wilhelmstraße bezogen. — In Kreisen, die der Reichswehr und der Industrie nahestehen, wird die Behauptung verbreitet, daß mit der Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht für den 1. August mit Bestimmtheit zu rechnen sei. — In dem neuen Reichshaushalt sind nur wenig mehr als 40 Millionen für den weiteren Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes entfallen. Es ist wahrscheinlich, daß noch im Laufe des Juli die näheren Ausführungsbestimmungen erlassen werden und daß ein „Reichskommissar für freiwilligen Arbeitsdienst“ berufen wird. — Bei Aufmärschen im Berliner Lustgarten stellte sich eine Einheitsfront der Sozialdemokraten und Kommunisten heraus. — Gegenwärtig findet in Dortmund der 4. Deutsche Reichskriegertag des Kyffhäuserbundes statt. Der 1. Bundespräsident, General der Artillerie von Horn, erklärte, daß der Kyffhäuserbund mit seinen rund 3 Millionen Mitgliedern der größte Frontsoldatenbund der Welt sei. Der Kampf des Bundes gehe vor allem gegen die Kriegsschuldbügel, für die Gleichberechtigung in der Sicherheit und Wehrfrage und für die Verwirklichung des großdeutschen Gedankens. — Rußland hat, da es, wie man weiß, nicht in der Lage ist, seine Schulden aus den deutschen Lieferungsverträgen in Gold oder Devisen zu begleichen, der Reichsregierung vorge schlagen, die vollen Beträge mit Petroföumlieferungen zu verrechnen. — Auf dem demokratischen Parteikongreß in Chicago wurde Roosevelt zum Präsidentschaftskandidaten nominiert.

Die Abwertungsgerüchte

— Amsterdam, 5. Juli. Der Sonderberichterstatter des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ hat den in Lausanne weilenden Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Warmbold über die — inzwischen dementierten — Gerüchte von einer Abwertung deutscher Privatschulden befragt. Der Minister versicherte mit größter Entschiedenheit, daß bei der deutschen Reichsregierung in keinem Augenblick der Plan einer derartigen Maßnahme bestanden habe, und daß ein solcher Gedanke niemals in Erwägung gezogen worden sei. Im übrigen erklärte der Minister, daß die Angelegenheit mit einer internationalen Frage sei. Nach der Darstellung des Korrespondenten hat Reichsminister Dr. Warmbold weiterhin noch ausgeführt, wenn das Mißverhältnis zwischen dem Wert des Geldes und dem Wert der Produkte noch andauere und die Deflation sich noch weiter verschärfe, werde vielleicht nichts anderes übrig bleiben, als daß in Schwierigkeiten geratene Unternehmungen privatim und auf geschäftlicher Basis mit ihren Gläubigern verhandelt. Die deutsche Regierung werde die Weltwirtschaftskonse-

renz ausdrücklich auf die Gefahren hinweisen, die sich aus einer solchen Entwicklung ergäben. Neuerdings scheine die Erkenntnis zuzunehmen, daß man die Geld- und Kapitalangelegenheiten der Welt nicht in Ordnung bringen könne, wenn es nicht glücke, vermöge der Ausräumung der sich dem Waren- und Geldverkehr entgegenstellenden Hindernisse ein größeres Volumen für den internationalen Warenhandel und ein höheres Preisniveau zu erreichen. Das allgemeine Vertrauen könne aber erst wieder hergestellt werden, wenn das Reparationsproblem in Uebereinstimmung mit der deutschen Auffassung endgültig geregelt werde. Der Minister erklärte schließlich noch, daß der Reichsregierung viel daran gelegen sei, den aus der Dawes- und der Younganleihe sich ergebenden Verpflichtungen unter allen Umständen nachzukommen.

Die Rettung der deutschen Australiensflieger

Berliner Blätter bringen ausführliche Darstellungen über die Rettung der seit dem 17. Mai verschollenen deutschen Australiensflieger Bertram und Klausmann. Darnach sind die Flieger nach einer 6 Wochen langen Irrwanderung durch die Wildnis bei Cap Bernier, 250 Meilen westlich von Port Darwin, von zwei australischen Buschjägern durch Zufall am 26. Juni aufgefunden worden. Einer der Eingeborenen alarmierte ein von der australischen Regierung nach den Fliegern ausgesandtes Suchkommando, das dann die Abfindung eines Motorbootes mit Lebensmitteln, Kleidung und Medikamenten veranlaßte. Die beiden Flieger waren bei ihrer Auffindung derart erschöpft, daß sie nur noch „Brot!“ ausrufen konnten und dann zusammenbrachen. Ihre Kleider waren bei der Wanderung durch den Busch in Fetzen gerissen und nach und nach verloren gegangen. Ihre letzten Wasser- und Speisevorräte waren bereits seit Wochen erschöpft. Die ganze Zeit hindurch waren sie in einem Umkreis von etwa 18 Km. um ihr Flugzeug herumgeirrt. Wie Klausmann später erzählte, waren beide seit dem 22. Juli bewegungsunfähig. Sie hatten sich hinter einem Steinhaufen niedergelegt, um den Tod zu erwarten. Die Flieger waren nach der Ueberfliegung der Timor-See wegen Benzinmangels zur Landung gezwungen worden. Drei Tage lang suchten sie zunächst nach einer menschlichen Ansiedlung. Dann standen sie plötzlich wieder vor ihrem Flugzeug und konnten hier wieder etwas Nahrung zu sich nehmen. Sie montierten dann einen Schwimmer ab und fuhren auf das Wasser hinaus. Nach stätiger Irrfahrt auf dem Wasser erblickten sie in unmittelbarer Nähe einen Dampfer. Alle Rufe und Signale blieben vergeblich. In einer Entfernung von knapp 1 Km. fuhr der Dampfer an ihnen vorüber. Das Boot wurde schließlich an Land getrieben und die Flieger nahmen mechanisch ihre Irrwanderung wieder auf, bis sie von Negeren gefunden wurden.



Die deutschen Flieger Bertram (links) und Klausmann (rechts), die seit Wochen in der australischen Wüste verschollen waren. Die beiden Flieger waren, wie erinnert, am 17. Mai von den kleinen Sundainseln über die Timorsee nach Australien gestartet.

Die Reichsregierung dankt Australien

Die Reichsregierung hat den Generalkonsul in Sidney angewiesen, der australischen Bundesregierung den Dank der Reichsregierung für das tatkräftige Eingreifen der Bundesbehörden auszusprechen, das zu der glücklichen Auffindung der beiden Australiensflieger Bertram und Klausmann geführt hat.

Nach einer Meldung aus Sidney traten die geretteten deutschen Flieger mit einem Motorboot die Fahrt nach Windham an. Beide befinden sich den Umständen nach wohl, sind aber durch die fürchterlichen Strapazen ihres Marsches stark erschöpft und leiden noch an Hungerphantasien. Sie können zur Zeit nur Wasser und flüssige Nahrung zu sich nehmen. In Windham werden sie noch mehrere Wochen im Krankenhaus bleiben müssen, ehe sie wieder vollkommen genesen sind.

Vor dem Markte

müssen Sie noch mit einer größeren Anzeige auf die Vorzüge Ihrer Waren aufmerksam machen! Sonst laufen Sie Gefahr, einen Teil Ihrer Landkundschaft zu verlieren.

Kaufe mir noch ein billiges, hervorragendes Tafelbrot aus Trogbackenbrot!

Allg. Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw

Nach Kapitel II des Zweiten Teils der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni ds. Js. (Reichsgesetzblatt I, S. 273) kommt für die Zeit vom 1. Juli 1932 bis 31. März 1933 eine

Abgabe zur Arbeitslosenhilfe

zur Erhebung.

Sur Berechnung und zum Einzug sowie zur Ablieferung der Abgabe an das Landesarbeitsamt sind die Krankenkassen gesetzlich verpflichtet, und zwar für alle diejenigen Personen, die nach der Reichsversicherungsordnung für den Fall der Krankheit oder nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit versichert sind. Die Arbeitgeber haben die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe bei jeder Lohn- oder Gehaltszahlung am Lohn oder Gehalt einzubehalten und in der sonst üblichen Weise mit den Kranken- bzw. Arbeitslosenversicherungsbeiträgen an die Krankenkasse zu entrichten.

Die näheren Bestimmungen können bei der Kasse bzw. bei den örtlichen Geschäftsstellen (Bürgermeisterämtern) eingesehen werden.

Die Herrn Arbeitgeber größerer Betriebe erhalten besondere Benachrichtigung. Wir knüpfen an diese Bekanntmachung die Bitte, uns die Erhebung der Abgabe, die nicht zu unseren ureigensten Aufgaben gehört, und von der wir keinerlei Vorteil haben, nicht zu erschweren.

Tabelle über die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe ab 1. Juli 1932.

Lohnstufe	Grundlohn R.M.	Tagesbeträge		Beträge für			Bemerkungen
		unangefordert R.M.	abgerundet R.M.	1 Woche bzw. 7 Tage R.M.	1 Monat mit 30 Tagen R.M.	1 Monat mit 31 Tagen R.M.	
I	—,60	0,9	—	—,06	—,27	—,27	Die Abgabe geht ausschließlich zu Lasten des Arbeitnehmers; sie ist als Zuschlag zu den Beiträgen zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung einzubehalten und an die Krankenkasse abzugeben.
II	1,20	1,8	1	—,12	—,54	—,55	
III	1,80	2,7	2	—,18	—,81	—,83	
IV	2,40	3,6	3	—,25	1,08	1,11	
V	3,—	4,5	4	—,31	1,35	1,39	
VI	3,60	5,4	5	—,37	1,62	1,67	
VII	4,20	6,3	6	—,43	1,89	1,95	
VIII	4,80	7,2	7	—,49	2,16	2,23	
IX	5,40	8,1	8	—,55	2,43	2,51	
X	6,—	9,0	9	—,61	2,70	2,79	
XI	6,60	9,9	10	—,67	2,97	3,07	
XII	7,20	10,8	11	—,73	3,24	3,35	
XIII	7,80	11,7	12	—,79	3,51	3,63	
XIV	8,40	12,6	13	—,85	3,78	3,91	
XV	9,—	13,5	14	—,91	4,05	4,17	
XVI	10,—	14,4	15	—,97	4,32	4,45	

Calw, den 4. Juli 1932.

Für den Kassenvorstand:

Dorstandsvorsitzender: Man Derr.-Dir.: Proß



Motor-Sport-Club Calw
(A. D. A. C. Ortsgruppe)
Donnerstag abend 8 Uhr
Monatsversammlung
im Clublokal



Freiwillige Sanitätskolonne Calw.

Am Freitag abend 8 Uhr
Übungsstunde
der alt. u. neuen Mannschaft.
Anzug: Uniform
Anschließend Einziehung der Sterbekasseneinträge.
Bollwähliges Erscheinen unbedingt erforderlich. R.

Habe heute bis 2 Uhr die bekannt guten

Lauffener Frühkartoffeln
auf dem Marktplatz zum Verkauf.
Karl Stricker

Gesucht
wird auf 15. Juli ein ehrliches, fleißiges

Mädchen
nicht unter 20 Jahren bei guter Behandl. u. Bezahlg.
Angebote mit Zeugn. unt. R. 245 an die Gesch.-St. dieses Blattes.

Rasiermesser
werden haarscharf abgezogen bei
Friseur Obermatt.



Heute Mittwoch, den 6. Juli 1932, abends 7/9 Uhr spricht

Vgn. Fri. A. Haindl
Stuttgart

im Saal des Hotel Waldhorn über:

„Die Stellung der Frau im nationalsozialistischen Staat“.

Ankostenbeitrag 30 Pfg.

Detsgruppe Calw der NSDAP.

Freundliche Einladung
zu den
religiösen Volksvorträgen

im Zelt der Deutschen Zeltmission
in Calw am Hirfauerweg, je abds. 8 1/4 Uhr

Themen:

- Mittwoch, 6. Juli: Eine merkwürdige Stimme.
- Donnerstag, 7. Juli: Glückliches Familienleben (nur für Erwachsene über 16 Jahre).
- Freitag, 8. Juli: Wo ist das Glück?
- Samstag, 9. Juli: Warum konnte Jesus den Judas nicht gewinnen?
- Sonntag, 10. Juli, nachmittags 1/2 4 Uhr: Der Weg ins Lobetal.
- Abends 8 Uhr: Eine Frage ohne Antwort (letzte Versammlung).

Bad Liebenzell
Psychologe und Privatforscher
spricht u. experimentiert am **Donnerstag abds. 7/9 Uhr im Adler-Saal** über:
Der 6. Sinn
Hells sehen, Astrologie, Gedankenlesen, Fernfühlen, Graphologie, Handlesen.
Glänzende Pressekritiken. Karten zu Mk. 1.—

Lebend frische Forellen
gibt täglich ab das Pfund zu Mk. 2.20.
Restaurant Waldhorn, Telefon 2

SCHIEDMAYER
Stuttgart
Pianos-Fabrik / Eingang unter der Uhr
zu den Verkaufsräumen mit den 5 Schaufenstern nur in
Neckarstr. 12 Eckhaus
Tel. 268 41-42 Tausch

Miete Geb. Instrumente Flügel — Pianinos — Harmonium
Weltberühmte Tonschönheit und Dauerhaftigkeit
Beleuchtungskörper Heizkissen Heiz- und Kochapparate Bügeleisen Tauchsieder Heißluftdusche
ELEKTRO-ZIEGLER CALW
Fernsprecher 211

Der Arzt bestätigt:
„Mit Vergnügen kann ich konstatieren, daß die Sani Drops den besten Erfolg gehabt haben. Die Verjünger habe ich angefertigt bei Leuten mit chron. Obstipation, (Verstopfung, Darmträgheit) bei Magen- Darmleiden, besonders bei Dyspepie, Verdauungsschwäche, und bei Fettstühle. Niemals habe ich unangenehme Beschwerden wie Darmkoliken, Uebelkeit etc., wie es bei den gewöhnlichen Abführmitteln der Fall ist, zu beobachten gehabt. Abends genommen genügt ein Sani Drops, um am nächsten Tage eine oder höchstens 2 schmerzlose Entleerungen zu bewirken. Die Magen-Darm-Funktionen erholen sich und es wird tatsächlich eine depurierende Blutwirkung erreicht. Bei Fettstühle habe ich eine bedeutende Gewichtsabnahme ohne jede schädliche Wirkung konstatiert und dies, ohne eine besondere Diät einzuhalten, mit Ausnahme eines spärlichen Nachtmahles.“
Dr. med. G. R.
Kurpachtung RM. 2.75; Notpachtung RM. 1.50
Zu haben in den Apotheken zu Calw, Leinach & Liebenzell.

Sommer-Speisen

Sonderpreisen
— Bis Samstag —

Reisaufwand mit Apfelsmus
1 Pfund
Balencia-Safelreis
2 Pfund-Dose
Apfelsmus
auf. **65** Pfg.

Reisaufwand mit Himbeersaft
1 Pfund
Balencia-Safelreis
1 Flasche
Himbeersaft
auf. **65** Pfg.

Grießknöpfe mit Apfelsmus
1 Pfund
Weizengrieß
grob oder fein
2 Pfund-Dose
Apfelsmus
auf. **75** Pfg.

Grießbrei mit Himbeersaft
1 Pfund
Weizengrieß
grob oder fein
1 Flasche
Himbeersaft
auf. **75** Pfg.

Phanko-Puddingpulver
1/2 Pfd. Paket
35 Pfg.
Oetker's Puddingpulver
Paket von **8** Pfg. an

Abfchlag
Neue Kartoffeln
3 Pfd. **22** Pfg.
gelbe Staliener
3 Pfd. **25** Pfg.

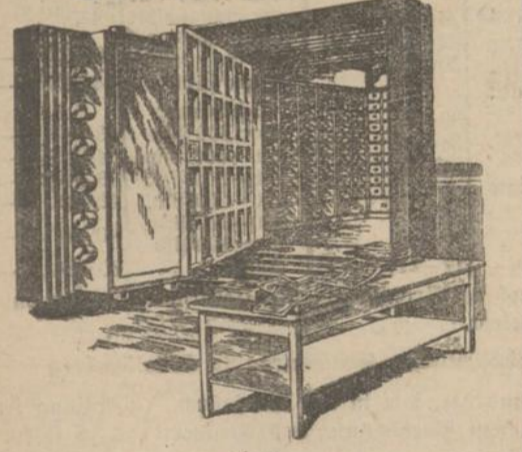
Pfannkuch

Hühneraugen Hornhaut eingewach. Nägel
entfernt ohne Messer
J. Obermatt
Bahnhofstr. 29, I. St.

Von ruhiger Pensionärin wird in gutem Hause 1 ge. oder 2 kl. Zimmer, mit Küche auf etwa 1 Sept. zu mieten gesucht. Höhenlage angenehm. Parterre ausgeschlossen. Preisangebote erbeten unter G. S. 155 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Deckensprenn
Verkauf Donnerstag (Markttag)
1 Einspänner-Letterwagen
mit Aufschlagmisse
Rothenhammer, Schmied

Mieten Sie zur
Aufbewahrung Ihrer Wertsachen und Urkunden
ein Schrankfach
in der feuer- und diebessicheren
Stahlkammer



der
Spar- und Vorschubbank
e. G. m. b. H.
Calw



Zum Geburtstag den guten **Serva-Kaffee**.
Der Kaffee, der allen schmeckt
G. Serva, Calw
Fernsprecher 120

Möbel

aller Art, von der einfachsten bis zur reichsten Ausführung, nur formvollendete Modelle
Keine Zwischenhandlungsbesen Billigste Fabrikpreise Große Auswahl Jede Garantie Lieferung frei Haus
das sind die Zeichen direkt von der Fabrik über 50 jähriges Bestehen Mehr als 60 Musterzimmer
Martin Koch, Möbelfabrik, Nagold, Telefon Nr. 9

Mütterberatungsstunde

heute **Mittwoch, den 6. Juli 1932**, nachmittags 3 bis 4 Uhr, im Hause der **Frau Ludwig Schütz Witwe, Bischofsstraße, Erdgeschoss links.**

Anzeigenwerbung in der Tagespresse

hilft: den vorhandenen Bedarf decken, den schlummernden wecken und den künftigen lenken

Medicato
Psychologie, Graphologie, Handlesen etc.
private Sprechstunden
bis **Donnerstag mittag im „Badischen Hof“.**

Wer eine sauber ausgeführte

Druckarbeit

zu billigem Preise wünscht, der komme zu uns, wir liefern:
Briefbogen, Rechnungen Rundschreiben, Preislisten, Postkarten
kurzum sämtliche Formulare, die im geschäftlichen und privaten Verkehr benötigt werden.
Tagblatt-Buchdruckerei Calw